



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Europa steht am Scheideweg

Bundestag stimmt für Kreditbürgschaften für Griechenland

Der Bundestag hat heute mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen dem Hilfspaket für Griechenland zugestimmt. Deutschland beteiligt sich bis 2012 mit Kreditbürgschaften bis zu 22,4 Mrd. Euro an den internationalen Hilfen für Griechenland, davon bis zu 8,4 Milliarden Euro in diesem Jahr.

Im Gegenzug hat sich Griechenland zu umfassenden Eigenanstrengungen und harten Maßnahmen verpflichtet. Die Umsetzung des Programms der griechischen Regierung wird vierteljährlich vom Internationalen Währungsfonds überwacht und die Auszahlung weiterer Kredittranchen daran geknüpft. Aus rein wahltaktischen Gründen haben sich die Abgeordneten der SPD der Stimme enthalten, um vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen keine Verantwortung für diese Entscheidung übernehmen zu müssen.

Nachdem Griechenland Hilfen durch die EU und den IWF beantragt hat, mussten die Entscheidungen hierüber schnell erfolgen. Dabei haben leider zwei Missverständnisse Einzug in die öffentliche Debatte gefunden: Zum einen wird es keine Überweisung deutscher Steuergelder an Griechenland geben. Vielmehr wird die Bundesregierung für Kredite der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ an den griechischen Staat bürgen. Erst wenn diese in einigen Jahren fällig werden, kann abgeschätzt werden, ob die Bürgschaft überhaupt in Anspruch genommen werden muss. Aktuell jedenfalls wird kein Geld aus dem Bundeshaushalt abfließen, auch wenn das Risiko eines Kreditausfalls nicht klein geredet werden darf. Aber die Hilfen sollen ja gerade dazu dienen, dass Griechenland in den nächsten Jahren seine Kreditwürdigkeit wieder verbessert. Zum anderen helfen wir nicht „den Griechen“, sondern durch die Bürgschaft schützen wir unsere Währung. Gerade

Deutschland hat von der Einführung des Euro in ganz besonderer Weise profitiert. Über 50% der deutschen Exporte gehen in die übrigen Eurostaaten und unterliegen damit keinen Wechselkursschwankungen mehr. Dies hat der deutschen Wirtschaft und speziell den Unternehmen im Exportland Baden-Württemberg in den letzten Jahren wichtige Impulse gegeben und war mitursächlich für den starken Rückgang der Arbeitslosigkeit, den wir seit 2005 verzeichnen durften. Daher liegt es in unserem ureigensten Interesse, den Euro als stabile Währung zu erhalten. Alle anderen Szenarien würden uns im wahrsten Sinne des Wortes teuer zu stehen kommen.

Wir müssen den Blick jetzt aber auch nach vorne richten und die Regeln der Währungsgemeinschaft anpassen, um derartige Krisen künftig zu verhindern. Bis zum Jahresende werden hierfür erste Vorschläge erarbeitet werden. Allerdings muss Deutschland hier bei unseren Partnern noch viel Überzeugungsarbeit leisten, denn über eine Verschärfung der Sanktionen bei Verstößen gegen den Stabilitäts пакт besteht leider bislang noch keinesfalls Konsens in Europa. Es war im Übrigen die damalige rot-grüne Bundesregierung, die sich 2003, als Deutschland selber die Kriterien nicht eingehalten hat, erfolgreich für eine Aufweichung der Sanktionen eingesetzt hatte. Hier die Verhältnisse wieder gerade zu rücken, wird keine einfache Aufgabe für Bundeskanzlerin Merkel sein.

Auf die Kritik der Opposition, zu spät gehandelt zu haben, erwiderte die Kanzlerin vor dem Bundestag: „Ein guter Europäer ist nicht unbedingt der, der schnell hilft. Ein guter Europäer ist der, der die europäischen Verträge und das jeweilige nationale Recht achtet und so hilft, dass die Stabilität der Euro-Zone keinen Schaden nimmt“.

Anpassung der Solarförderung: Technologie fördern statt Geld verbrennen!

Die heute vom Bundestag beschlossene Anpassung der Vergütungssätze für Photovoltaikanlagen zum 1. Juli 2010 macht endlich Schluss mit einer Überförderung, die den Investoren Traumrenditen und den Verbrauchern steigende Strompreise beschert. Für die Zukunft gilt: Die Solarbranche soll ein wichtiger Eckpfeiler unserer Stromversorgung aus erneuerbaren Energien werden. Gerade deshalb muss die Förderung stärker darauf abzielen, die Hersteller von Photovoltaikanlagen international wettbewerbsfähig zu machen. Die bisherige Förderstruktur des EEG setzt zu sehr auf bloßes Mengenwachstum und fördert damit hauptsächlich ausländische Hersteller. Diese liefern bereits heute 60 Prozent der in Deutschland installierten Module. Deutschland muss die Technologieführerschaft in der Solarbranche zurückgewinnen. Nur so lassen sich auf Dauer sichere Arbeitsplätze in unserem Land erhalten. Deshalb ist der Beschluss der Bundesregierung zu begrüßen, der Photovoltaikindustrie eine gezielte Forschungs- und Technologieförderung in Höhe von 100 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen.

Konjunkturbedingte Verbesserung am Arbeitsmarkt

Die Zahl der Erwerbslosen ist im April um 162.000 auf 3,406 Millionen gesunken. Im Vergleich zum April des Vorjahres waren 178.000 Menschen weniger ohne Arbeit. Die Arbeitslosenquote ging damit auf 8,1 % zurück. Dass die Zahl der Arbeitslosen auch saisonbereinigt um 68.000 sank, macht deutlich, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit seine Ursache nicht allein in der üblichen Frühjahrsbelebung, sondern darüber hinaus auch in einer konjunkturellen Aufhellung hat.

„Begleitetes Fahren ab 17“ fortführen

Seit 2004 können junge Leute ab 17 Jahren in einem Modellprojekt in Begleitung einer Person mit mehrjähriger Fahrpraxis das Autofahren üben – und damit bereits lange vor dem eigenverantwortlichen Fahren mit 18 Fahrpraxis erwerben. Dieses Modellprojekt

war bislang sehr erfolgreich. Wie der Forschungsbericht der Bundesanstalt für Straßenwesen ergab, konnte ein deutlicher Gewinn für die Verkehrssicherheit nachgewiesen werden. Im ersten Jahr des selbstständigen Fahrens nach Erwerb der Fahrerlaubnis gab es unter Teilnehmern des Modellprojekts 20 Prozent weniger Verkehrsverstöße und 22 Prozent weniger Unfälle als früher bei Fahranfängern, heißt es in der Studie. Die begleitete Fahrpraxis trägt damit erheblich zur Verkehrssicherheit auf unseren Straßen bei. Daher forderten die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf „Begleitetes Fahren ab 17“ dauerhaft gesetzlich zu verankern.

Vereinfachter Motorradführerschein angeregt

Viele Kraftfahrer, die bereits über Jahre hinweg ein Fahrzeug führen, müssen zum heutigen Zeitpunkt noch eine langwierige Theorieausbildung und -prüfung absolvieren, um den Motorradführerschein zu erlangen. Das kostet Zeit und Geld und ist oft unnötig, da die Prüflinge die Regeln im Straßenverkehr bereits kennen und in der Praxis anwenden. Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP fordern daher die Bundesregierung in einem Antrag auf, die gegenwärtige Gesetzeslage an die Sachlage anzupassen und das Verfahren für den Motorradführerschein zu erleichtern.

Eckpunkte für Kinodigitalisierung stehen

Modernes Kino wird künftig ohne digitale Vorführtchnik nicht möglich sein. Die enormen Kosten von 50.000-80.000 Euro pro Leinwand sind für kleine und mittelständische Kinos im ländlichen Raum aber oft nicht zu schultern. Gerade diese Einrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Grundversorgung auch in Regionen abseits der großen Zentren und dürfen nicht durch große Kino-Ketten vom Markt gedrängt werden. Daher hat die Koalition für die nächsten fünf Jahren Zuschüsse bei der Umstellung auf die digitale Technik vorgesehen. Damit können wir einer digitalen Spaltung der Kinolandschaft entgegen treten. Mit dem geplanten Förderkonzept könnten bis zu 80 Prozent der Kosten abgesichert werden.